

Oberösterreich nach der Befreiung

PETER MÄRZ

Oberösterreich war nach dem Ende des Krieges im Mai 1945 ein in vielfacher Hinsicht gespaltenes Land. Die Alliierten befreiten es von der NS-Herrschaft, anschließend teilten sie es in eine US-amerikanische und eine sowjetische Zone. Oberösterreich wurde damit nicht nur befreit, sondern für die kommenden zehn Jahre auch besetzt. Die mit dem Staatsvertrag einhergehende „Befreiung“ von den Befreierern wurde für die nächsten Jahrzehnte zum sinnstiftenden Element, während der eigentlichen Befreiung kaum mehr Platz in der offiziellen Erinnerungskultur eingeräumt wurde.

Die NS-Diktatur und der von ihr entfesselte Krieg forderte eine Vielzahl an Menschenleben und hinterließ eine zerstörte Wirtschaft. Die nackten Zahlen vermögen das Grauen dieser Zeit nur anzudeuten: Mindestens 120.000 Personen kamen in der Haft, in Konzentrationslagern und NS-Euthanasieprogrammen um oder wurden ermordet, etwa 247.000 Soldaten aus Österreich waren tot, darunter 64.300 Soldaten aus Oberösterreich, rund 25.000 bis 30.000 Zivilistinnen und Zivilisten starben, 170.000 Soldaten trugen dauernde Invalidität davon. An die 500.000 Männer gerieten in Kriegsgefangenschaft, etwa 370.000 Witwen und Waisen mussten versorgt werden. Die Bombenangriffe der Alliierten galten vorwiegend der Rüstungsindustrie im Großraum Linz, Wels und Steyr sowie den Verkehrsadern und Verkehrsknotenpunkten, hier vor allem Attnang-Puchheim. Die unmittelbare Nachkriegszeit war daher gekennzeichnet von Not, Chaos und Hunger. Eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gehörte in dieser Lage nicht zu den vordringlichen Aufgaben. Die Entnazifizierung kam nur schleppend in Gang und versandete zeitweise fast ganz. Gleichzeitig wurde ein Mantel des Schweigens über die NS-Zeit gebreitet. Die politische Situation des Kalten Krieges trug zur Rehabilitierung von NS-Funktionären bei, während die NS-Opfer kaum noch in der Öffentlichkeit präsent waren.

Oberösterreich war neben Wien das einzige Bundesland, das in verschiedene Besatzungszonen aufgeteilt wurde. Seit August 1945 stand das Mühlviertel unter sowjetischer Kontrolle, die Gebiete südlich der Donau wurden von den US-Amerikanern regiert. Das Passieren der

Zonengrenze war nur mehr mit viersprachigem Identitätsausweis und amtlichem Passierschein möglich. 1947 hoben die US-Amerikaner diese Kontrollen auf, erst 1953 folgten die Sowjets diesem Beispiel. Die Gefahr einer dauerhaften Abtrennung des Mühlviertels wurde durch die Ernennung Johann Blöchls zum „Staatsbeauftragten“ durch die Regierung Karl Renner und die Einrichtung der „Zivilverwaltung Mühlviertel“ abgewendet. Blöchl und Franz Blum erklärten sich bereit, über die Zonengrenze hinweg engen Kontakt zur Landesregierung zu halten, für die KPÖ arbeiteten Eugen Haill und Adolf Obermüller mit. Die Sowjets machten schließlich 1946 den Weiterbestand der „Zivilverwaltung“ zur Bedingung für ihre Anerkennung der Einheit des Bundeslandes Oberösterreich. Das ursprüngliche Provisorium blieb bis zum Ende der Besatzungszeit bestehen. Die Teilung des Landes führte zu einer ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung, die noch lange Zeit spürbar war.

Aber abgesehen davon waren die Besatzungstruppen im Alltag bald kaum mehr bemerkbar. Regierung, Verwaltung und Exekutive wurden schon in den ersten Nachkriegsjahren wieder österreichisch. Die US-Truppen waren zunächst misstrauisch gegenüber einer Bevölkerung, die bis zuletzt Teil des „Dritten Reiches“ war. Die Besatzungspolitik schwankte zwischen Strenge und Wohlwollen, und es war für die Menschen nicht immer einfach, sich darauf einzustellen. Das strenge Kontaktverbot mit der lokalen Bevölkerung den Einheimischen war nicht lange durchzuhalten. Erlebnisse und Erzählungen von Flüchtlingen aus dem Osten vermischten sich mit Überresten der NS-Propaganda: Angst vor „den Russen“ war weit verbreitet. Den sowjetischen Soldaten und Offizieren war die negative Grundstimmung der Bevölkerung unverständlich. Wie kann man die Befreier vom nationalsozialistischen Unrechts-Regime als „Besatzer“ oder gar „Unterdrücker“ beleidigen?

Die jahrelange totale Rüstungswirtschaft hatte die Produktion ziviler und landwirtschaftlicher Güter beinahe zum Erliegen gebracht. Die Zustände waren chaotisch – Hunger, Wohnungsnot sowie der Mangel an Strom, Gas und Heizmaterial bereiteten die größten Sorgen. Die Kommunikationsstränge waren wei-

tenteils unterbrochen. Kontakte zwischen Freunden und Verwandten und Erkundigungen nach Verschollenen und Vermissten waren oft unmöglich.

Am auffälligsten waren die Schäden an Gebäuden und Verkehrseinrichtungen. In Linz etwa waren durch die 22 schweren Bombenangriffe seit Juli 1944 rund 14.000 Wohnungen zerbombt oder stark beschädigt – insgesamt ein Drittel des Linzer Häuserbestandes. Der Wiederaufbau konzentrierte sich vorerst auf die Wiederherstellung lebensnotwendiger Einrichtungen. Die Wirtschaft war nahezu vollkommen zusammengebrochen, ein rascher Wiederaufbau war zwar das Ziel, wurde jedoch durch den Mangel an Kohle, Rohstoffen und Ersatzteilen gehemmt. Die Lebensmittelversorgung brach bei Kriegsende zusammen. Die ersten Wochenzuteilungen in Linz betragen zwischen 535 und 670 Kalorien pro Tag für „Normalverbraucher“. Für die Zuteilungsperiode vom 28. Mai bis 24. Juni 1945 waren als Wochenration pro Kopf vorgesehen: 200g Fleisch, 500g Brot, 100g Fett, 125g Zucker, 75g Trockenerbsen, 25g Kaffeemittel und ein Ei. Nur langsam stiegen die Rationen auf 1.200 bis 1.500 Kalorien pro Tag. Aufgrund der Überbevölkerung und des mangelnden Nahrungsangebotes wurde die Lebensmittelrationierung noch bis Mitte der 1950er Jahre fortgeführt. Den Schutt nicht wegzuräumen, sondern zu nutzen, darin bestand die Strategie des alltäglichen Überlebens. Mit Fallschirmseide, Reifengarnen, Wehrmachtsdecken, Gasmasken oder Stahlhelmen war man in der Lage, so manches anzufangen: Hochzeitskleider und Wintermäntel nähen, Unterhosen stricken, Sieblöffel und Mörtelschöpfer herstellen, Kochtöpfe anfertigen.

Hamsterfahrten, Schmuggeltouren, Schwarz- und Schleichhandelsgeschäfte halfen über Engpässe hinweg, konnten aber auch reich machen. Die arbeitsteilige Geldwirtschaft war vorübergehend funktionsunfähig geworden: Organisieren, Sammeln und Tauschen bedeuteten das kurzfristige Wiederaufleben archaischer Formen wirtschaftlicher Beziehungen.

Entnazifizierung und Restitution

Mit dem Ende des Krieges stellte sich die Frage des Umgangs mit Tätern und „Mitläufern“ des NS-Regimes. Mit dem



Fahne der oberösterreichischen Landesgruppe des „Verbands antifaschistischer Freiheitskämpfer“.

NSDAP-Verbotsgesetz im Mai 1945, dem Kriegsverbrechergesetz im Juni 1945 und dem Nationalsozialistengesetz 1947 legte man die juristischen Grundlagen. In dieser ersten Phase der Entnazifizierung wurden über eine halbe Million Personen in Österreich als NationalsozialistInnen erfasst, über 170.000 aus ihren Funktionen entlassen, über 130.000 Fälle gerichtlich verfolgt und verhandelt, 43 Todesurteile wurden ausgesprochen. Zwischen Herbst 1945 und Jänner 1948 internierte die US-Besatzungsmacht tausende NSDAP-Mitglieder, Funktionäre des NS-Regimes, Beamte, Angehörige der Wehrmacht und der SS im „Camp Marcus W. Orr“, besser bekannt als „Lager Glasenbach“ im Süden der Stadt Salzburg. Prominente Insassen waren z.B. Franz Langoth, Albert Kesselring, Lothar Rendulic, Walter Reder, Franz Stangl und Anton Burger. Das Lager beherbergte zwischen 6.000 und 8.000 Inhaftierte, darunter rund 500 Frauen. Bis zur Auflösung durchliefen rund 30.000 Personen das Lager.

Die Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit trat aber rasch hinter die materiellen Sorgen der Nachkriegszeit und hinter parteipolitische Interessen zurück. Zahlreiche ehemalige NS-Funktionäre konnten ihre Karrieren, nicht zuletzt dank weiterhin bestehender Seilschaften, fortsetzen. Einer, der sich gegen diese Art des Umgangs stemmte, war Simon Wiesenthal, geboren am 31. Dezember 1908 in Butschatsch, Galizien, heute Ukraine, gestorben am 20. September 2005 in Wien. Unmittelbar nach der Befreiung nahm er die Suche nach NS-Tätern auf und lieferte sie an die Gerichtsbarkeit aus. Er begann in

Linzer. Nach der Trennung vom CIC gründete Wiesenthal 1947 sein eigenes Büro zur Ausforschung von NS-Verbrechern: die Jüdische Historische Dokumentation in Linz, die bis 1961 bestand. Im Laufe der Jahre wurde die Tätigkeit Wiesenthals jedoch zunehmend schwieriger, da das Interesse an der Verfolgung von NS-Tätern deutlich nachließ.

Von 1939 bis 1944 plünderten NS-Organisationen wie der „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg“, der „Sonderauftrag Linz“ oder die SS „Forschungsgemeinschaft Deutsches Ahnenerbe“ Schlösser, Bibliotheken, Museen und Privatsammlungen in ganz Europa. Ab 1943 befanden sich wesentliche Teile der „Beutekunst“ im Salzbergwerk Altaussee. Sie wurden ab 1945 von den Alliierten zu der zentralen Sammelstelle (Central Collecting Point) in München gebracht. Das Oberösterreichische Landesmuseum fand in seinem Bestand 17 Gemälde mit dem Vermerk „1945 vom Collecting Point München übernommen“. Forschungen ergaben, dass die Gemälde von NS-Reichsstellen zumeist im Kontext des „Sonderauftrag Linz“ für das geplante Linzer „Führermuseum“ erworben, 1945 von amerikanischen Spezialeinheiten übernommen und seit 1948 in Linz gelagert wurden. 1951 kamen sie zur Aufbewahrung in das Oberösterreichische Landesmuseum. Ein Bild aus diesem Bestand wurde an die rechtmäßige Besitzerin restituiert, bei zwei Bildern konnte ein „Raubkunstverdacht“ ausgeschlossen werden. Für die restlichen 14 Bilder blieben Zweifel über die Herkunft. In der NS-Zeit wurden zudem große Vermögenswerte entzogen oder scheinbar legal übertragen. Nach Ende

des Zweiten Weltkriegs lehnte Österreich zunächst jede Verantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes ab und betrachtete sich unter Berufung auf die Moskauer Deklaration von 1943 als erstes Opfer Nazi-Deutschlands. Bis 1949 beschloss das Parlament sieben Rückstellungsgesetze: Die Frist zur Antragstellung war allerdings kurz, die Beweislast lag bei den Geschädigten und diese wurden, häufig im Ausland wohnend, nicht individuell kontaktiert.

ÖVP und SPÖ instrumentalisierten in der Nachkriegszeit den in der Gesellschaft latenten Antisemitismus mit dem Ziel, möglichst wenig der „arisieren“ Vermögenswerte an die jüdischen EigentümerInnen zurückgeben zu müssen. Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) führte 1948 auf die Frage, wann entzogenes jüdisches Eigentum zurückzuerstatten oder zu entschädigen sei, aus: „Ich wäre dafür, dass man die Sache in die Länge zieht. [...] Die Juden werden das selbst verstehen, da sie im Klaren darüber sind, dass viele gegen sie Stellung nehmen.“ Erst 1995 gestand die Republik Österreich allen Opfern des Nationalsozialismus auf freiwilliger Basis Entschädigungen zu, allerdings gibt es bis heute keinen Rechtsanspruch darauf.

ÖVP und SPÖ instrumentalisierten in der Nachkriegszeit den in der Gesellschaft latenten Antisemitismus mit dem Ziel, möglichst wenig der „arisieren“ Vermögenswerte an die jüdischen EigentümerInnen zurückgeben zu müssen. Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) führte 1948 auf die Frage, wann entzogenes jüdisches Eigentum zurückzuerstatten oder zu entschädigen sei, aus: „Ich wäre dafür, dass man die Sache in die Länge zieht. [...] Die Juden werden das selbst verstehen, da sie im Klaren darüber sind, dass viele gegen sie Stellung nehmen.“ Erst 1995 gestand die Republik Österreich allen Opfern des Nationalsozialismus auf freiwilliger Basis Entschädigungen zu, allerdings gibt es bis heute keinen Rechtsanspruch darauf.

Flüchtlinge und Heimatvertriebene

Im Juni 1946 befanden sich rund 153.000 Vertriebene, Umsiedler und Flüchtlinge in Oberösterreich, darunter 40.300 Sudetendeutsche und Karpatendeutsche, 46.500 Donauschwaben aus der Bačka und dem Banat, 29.800 Siebenbürger Sachsen, Buchenland- und Bessarabiendeutsche sowie 6.000 Bulgarien-, Balten-, Schwarzmeer-, Wolga- und Wolhyniendeutsche. Der Großteil von ihnen wollte dauerhaft im Land bleiben. Als Angehörige eines ehemaligen Feindstaates der Alliierten erhielten sie von internationalen Flüchtlingsorganisationen anfangs keine Hilfsleistungen. Die Verwaltung und Betreuung oblag ab Oktober 1945 dem „Amt für Umsiedlung“, das der Landesregierung unterstellt war. Anfangs herrschte vor allem in der Bundespolitik eine zögerliche bis offen ablehnende Haltung gegenüber den Heimatvertriebenen – es gab kaum Staatsbürgerschaftsverleihungen, zum Teil keine Arbeitserlaubnis, ihre Sportvereine blieben aus den oberösterreichischen Ligen ausgeschlossen. Erst mit dem beginnenden Kalten Krieg und dem Wissen, dass die Vertriebenen vielfach gut ausgebildete Arbeitskräfte waren, änderte sich

diese Haltung. Die Siedlungen für Heimatvertriebene und Flüchtlinge standen unter Verwaltung der Landesregierung. Bis zu 65.000 Personen waren auf 54 „Amtssiedlungen“ in ganz Oberösterreich verteilt. Die Belagszahl nahm rasch ab, aber noch 1955 bestanden in den Siedlungen Kindergärten, Schulen, Altersheime, Gemeinschaftsküchen, Krankenordinationen, Werkstätten, rund 200 Geschäfts- und Gewerbebetriebe sowie zahlreiche Sport- und Aufenthaltsräume. Einige Barackenlager existierten bis 1965.

Vor allem in den ersten Nachkriegsjahren waren die Menschen in diesen Siedlungen auf die Spenden in- und ausländischer Hilfsorganisationen angewiesen. Zwischen Mai 1945 und Dezember 1949 wurden über 100.000 Kleidungsstücke, große Mengen an Lebensmitteln, 3.000 Wolldecken, 400 Matratzen, 5.000 Meter Stoff, 800 Kilogramm Wolle, 3.000 Kilogramm Seife, über eine Million Zigaretten und 500 Kilogramm Tabak gesammelt. Die behördliche Zuständigkeit für einzelne Lager wechselte häufig. So war das Lager Nr. 65 in Niedernhart zunächst ein von der IRO (*International Refugee Organization*) verwaltetes Krankenhaus, ehe es zu einer Siedlung für Heimatvertriebene und Flüchtlinge wurde. Zudem wohnten in manchen Lagern sowohl Personen, die vom Amt für Umsiedlung betreut wurden, als auch Personen, für die die IRO zuständig war.

Die Integration der neu zugewanderten Bevölkerungsgruppen in die oberösterreichische Gesellschaft verlief nicht reibungslos. Sie war eine große Herausforderung für beide Seiten. Die einzelnen Gruppierungen bildeten eigene Kultur- und Sportvereine sowie „Landsmannschaften“ und sie gründeten eine gemeinsame Dachorganisation: den *Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs* (VLÖ), dessen Gründungsversammlung am 11. September 1954 in Linz stattfand. Am schnellsten gelang der Neuanfang in wirtschaftlicher Hinsicht. Bekanntestes Beispiel dafür ist die glas- und metallverarbeitende Schmuckindustrie. Bereits seit der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts war Gablonz (Jablonec nad Nisou) ein Zentrum der Bijouterie-Manufakturen. Die dort hergestellten Glaswaren erfreuten sich weltweit großer Beliebtheit. Die aus der Tschechoslowakei vertriebene sudetendeutsche Bevölkerung baute diese Schmuckerzeugung unter anderem in Linz, Losensteinleiten bei Steyr, Kremsmünster und Enns wieder auf. 1951 gab es 150 Betriebe mit 1.900 Beschäftigten, die ausschließlich für die

Gablonzer Industrie arbeiteten und stark exportorientiert waren.

Entschädigung ohne „Wiedergutmachung“

Viele Tausend Oberösterreicher wurden zu Opfern des NS-Regimes. Die Überlebenden der Verfolgung mussten zum Teil jahrzehntelang auf Entschädigung warten. Mit dem Opferfürsorgegesetz unternahm Österreich den halbherzigen Versuch einer „Wiedergutmachung“. Die Ereignisse wurden kaum artikuliert, im öffentlichen Bewusstsein verdrängt, viele der Betroffenen zogen es vor, zu schweigen. Unmittelbar nach Kriegsende bildeten sich jedoch erste NS-Opferverbände, die für eine rasche Entschädigung kämpften, sich für die Erhaltung ehemaliger Konzentrationslager als Gedenkstätten einsetzten und die Errichtung von Mahnmalen einforderten. Das Opferfürsorgegesetz vom 4. Juli 1947 regelte die Gewährung finanzieller Entschädigung für Opfer des Nationalsozialismus. Innerhalb der vom Gesetz anerkannten Opfergruppen stellten jene, die aufgrund ihrer Abstammung verfolgt wurden, die weitaus größte Gruppe dar, gefolgt von den politischen Gegnern des NS-Regimes. Für Antragsteller bedeuteten die bürokratischen Hürden oftmals unüberwindliche Hindernisse. Opfergruppen wie Sinti und Roma, Zeugen Jehovas, Deserteure, Angehörige von NS-Euthanasie-Opfern, Homosexuelle und so genannte „Asoziale“ blieben lange Zeit von Entschädigungen ausgeschlossen. In Oberösterreich stellten rund 3.700 Personen bei der Opferfürsorgebehörde einen Antrag auf eine Amtsbescheinigung, einen Opferausweis oder auf Haftentschädigung. Rund 2.200 Personen (60 Prozent) erhielten einen positiven Bescheid, aber nur 1.200 von ihnen bekamen eine Amtsbescheinigung, mit der zahlreiche Vergünstigungen verbunden waren. Für einen Antrag mussten wichtige Dokumente, etwa Haftbestätigungen, selbst oder mit Hilfe der NS-Opferverbände gesucht werden. Vor allem in den ersten Jahren nach dem Krieg war dies nicht einfach. Im Widerstand aktive Personen oder Menschen, die wegen ihrer Herkunft verfolgt wurden, erhielten die begehrte Amtsbescheinigung am häufigsten. Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft waren in den meisten Fällen von der Opferfürsorge ausgeschlossen.

Unmittelbar nach der Befreiung bemühten sich lokale und regionale Initiativen, die Opfer des NS-Regimes zu

organisieren. Der *Bundesverband ehemals politisch Verfolgter*, kurz KZ-Verband, stellte den größten solchen Zusammenschluss dar. In dessen Vorstand saßen Mitglieder der SPÖ, der ÖVP und der KPÖ. Die Fixierung auf die „politischen“ Opfer führte immer wieder zu Konflikten, in erster Linie mit den jüdischen Überlebenden, die sich nicht entsprechend vertreten fühlten. Der oberösterreichische Landesverband forderte Entschädigungen und Hilfeleistungen, tritt für eine umfassende Entnazifizierung ein und etablierte eine erste Erinnerungskultur. Der Kalte Krieg verhärtete rasch die Fronten zwischen den Parteien. Im März 1948 wurde der gemeinsame Verband aufgelöst und die Parteien gründeten eigene bzw. offiziell von ihnen unabhängige Verbände. Diese Nachfolgeverbände arbeiteten erst seit 1968 wieder enger zusammen. Neben den offiziellen Entschädigungszahlungen und Vergünstigungen durch das Opferfürsorgegesetz boten die NS-Opferverbände zahlreiche Hilfeleistungen an. Außerdem traten sie hartnäckig für den Beschluss eines Wiedergutmachungsgesetzes ein. Zu ihren Aufgaben gehörten die Mithilfe beim Erlangen von Trafiken und Kinolizenzen, die Unterstützung von Hinterbliebenen und von Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, die Verteilung von Rot-Kreuz-Paketen und die Hilfe bei der Arbeits- und Wohnungssuche. Sie organisierten Weihnachtsgewandungen, Bekleidung, Möbel, Holz und Kohle. Außerdem beteiligten sie sich an der Suche nach NS-Tätern und traten immer wieder für eine raschere Rückstellung arisierter Vermögenswerte ein.

Die Etablierung einer Erinnerungskultur, die dem Vergessen entgegenwirkt und die Dimension der NS-Verbrechen bewusst macht, fiel der österreichischen Nachkriegsgesellschaft schwer. So war es keineswegs selbstverständlich, dass das Konzentrationslager Mauthausen und seine zahlreichen Nebenlager oder die Tötungsanstalt Hartheim in Gedenkstätten umgewandelt wurden. Nicht selten agierten Initiativen zur Errichtung von Denkmälern und Gedenkstätten mit sehr bescheidenen materiellen Ressourcen und stießen schnell an die Grenzen des politischen Willens.

Sofort nach der Eingliederung ins Deutsche Reich setzten in Österreich die Repressionen gegen Sinti und Roma ein. Kinder durften nicht mehr in die Schule gehen, Erwachsene erhielten Berufsverbote. In „Zigeunerlagern“ inhaftiert, wurden sie schließlich in Konzentrati-

onslager deportiert. Dort kamen rund 90 Prozent der oberösterreichischen Sinti und Roma ums Leben. Für die Überlebenden führte die Stigmatisierung als „asozial“ nach Kriegsende zu erheblichen Problemen, vor allem beim Versuch, als Opfer anerkannt zu werden. In Oberösterreich ließen sich 51 Menschen als „Zigeuner“ registrieren, von ihnen erhielten lediglich 28 einen Opferausweis oder eine Amtsbescheinigung. Die Ablehnung wurde oft mit der Behauptung begründet, es habe sich nicht um eine rassische Verfolgung gehandelt, sondern um eine Inhaftierung wegen „asozialen und arbeitsscheuen Verhaltens“. Zudem wurden die Haftzeiten in den so genannten „Zigeunerlagern“ häufig schlichtweg nicht anerkannt. Begründet wurde dies meist damit, dass es sich bei den Lagern Lackenbach, Weyer oder Ibm-Weidmoos nicht um Gefängnisse oder Konzentrationslager gehandelt habe.

Der überwiegende Teil der rund 27.000 jüdischen Displaced Persons (DPs), die nach Kriegsende in Oberösterreich lebten, wollte das Land so rasch wie möglich verlassen. Die zunächst acht Lager für jüdische DPs am Linzer Bindermichl, in Bad Ischl, Braunau (Ranshofen), Ebelsberg („Davidstern“), Wegscheid („Maurice Tyler“), Enns, Steyr und Wels standen unter Verwaltung der Militärregierung, später der UNRRA (*United Nations Relief and Rehabilitation Administration*), dann der IRO (*International Refugee Organization*). Ab September 1947 sank die Belagszahl durch Auswanderung in die USA und nach Kanada, vor allem aber ab Mai 1948 durch Emigration in den neu gegründeten Staat Israel. Versorgt wurden die jüdischen DPs durch die Lagerverwaltung und das American Joint Distribution Committee“. So erhielt die Lagerbelegschaft durchwegs hochwertige Nahrungsmittel wie Schokolade, Kakao, Reis, Südfrüchte und Genussmittel. In den Lagern gab es eigene Werkstätten mit Ausbildungsplätzen. Die Wohnverhältnisse waren äußerst beengt, meistens wohnte eine Familie in einem einzigen Zimmer. Die Lager in Ranshofen und Bad Ischl wurden im September 1947 aufgelassen, die dort Untergebrachten kamen ins Lager Davidstern in Ebelsberg, bis dieses im Oktober 1950 aufgelöst wurde. Übrig blieben die Lager in Wels, Steyr und Asten; Ende 1954 existiert nur noch das Lager Asten.

Knapp ein halbes Jahr nach der Befreiung vom nationalsozialistischen Terrorregime demonstrierten ein paar hundert jüdische Displaced Persons der US-

Amerikanischen Zone in Linz. Auf Fotos, die nur im Archiv von Yad Vashem öffentlich zugänglich sind, tragen einige Protestierende mangels Kleidung die gestreifte Kluft der Konzentrationslager oder Reste von SS Uniformen. Mit Parolen wie „Nazis live in comfortable houses, their victims live in dirty barracks“ und „After 6 years in Concentration camp in Concentration camp again“ forderten Überlebende der Konzentrationslager ein Leben, wie „normale Menschen“ für sich ein. Ihr Protest hatte Erfolg, schon vier Tage nach der Demonstration kündigte General Clark an, dass „Juden“ in die Bindermichl-Siedlung einziehen werden, weil sie als „meistverfolgte Gruppe Anspruch auf bessere Behandlung hätten. Insgesamt 2.000 polnische, ungarische und rumänische Nazi-Opfer übersiedelten so in 369 der modernsten Wohnungen, die Linz anzubieten hatte – das DP-Lager Bindermichl entstand. Es gilt als Vorzeigelager, die Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidung War gut. Mit Hakoah Linz hatte das Lager sogar einen eigenen Fußballverein. Doch immer wieder gab es Zusammenstöße mit der Bevölkerung. So kam es im April 1947 vor einer Bushaltestelle zu einer Schlägerei, einer der Tatverdächtigen rief dabei antisemitische Parolen. Ein Bericht an Landeshauptmann Gleißner prangerte die Untätigkeit der Polizei und der Behörden bei judenfeindlichen Ausschreitungen an.

Die KPÖ 1945 bis 1955

Im Unterschied zur sowjetisch besetzten Zone waren in Oberösterreich südlich der Donau sowohl politische Parteien und auch Gewerkschaften zunächst verboten und daher weiterhin illegal, wengleich geduldet. Bereits unmittelbar nach Kriegsende bemühten sich zahlreiche Personen darum, kommunistische Strukturen in Oberösterreich wieder aufzubauen. Am 14. Mai 1945 fand in einem Gasthaus in der Linzer Lessingstraße eine Sitzung unter dem Vorsitz von Josef Mitter statt, bei der man übereinkam, sich an der provisorischen Stadtverwaltung aktiv zu beteiligen und die unangenehmen Referate Ernährung (Otto Brunn) und Wohnungswesen (Franz Rammerstorfer) zu übernehmen. In der Stadtverwaltung Urfahr arbeiten für die KPÖ zunächst Josef Ebelseder als Vizebürgermeister und Josef Hammer als Stadtrat. Auf Landesebene wurde bereits im Mai 1945 Franz Haider mit der Funktion des Landesobmannes betraut, nachdem Sepp Teufl noch in den letzten

Kriegstagen im KZ Mauthausen ermordet worden war. Von Ende Oktober bis Mitte Dezember 1945 war Haider auch Landeshauptmannstellvertreter in der provisorischen Landesregierung. Erst mit dem „Allgemeinen Befehl Nr. 3“ der Militärregierung vom 19. September 1945 wurden in Oberösterreich die politischen Parteien zugelassen und am 8./9. Oktober nahm die Parteipresse (*Tagblatt* der SPÖ, *Volksblatt* der ÖVP“, *Neue Zeit* der KPÖ) ihr Erscheinen auf. Die *Neue Zeit* ersetzte mit einer Auflage von 18.000 Stück die bis dahin verlegte *Österreichischen Nachrichten*, sie erschien auf Grund des allgemeinen Ressourcenmangels nur jeden zweiten Tag.

Der erste Wahlkampf stand im Zeichen des Misstrauens der ehemaligen Gegner. Die Sozialisten warnten vor einer Wiederkehr jener Kräfte, die 1934 die demokratischen Parteien abgeschafft hatten; besonders Landeshauptmann Gleißner stand im Zentrum der Angriffe. Die Volkspartei setzte auf den „Landeshauptmann-Bonus“ und präsentierte sich als Partei der Mitte. Über 100.000 ehemalige Nationalsozialisten waren per Gesetz von der Wahl ausgeschlossen. Als große Unbekannte galt die KPÖ.

Am 25. November 1945 lautete das Ergebnis der Landtagswahl: ÖVP 59,1%, SPÖ 38,3%, KPÖ 2,6% – dies reichte auf Grund der undemokratischen Wahlordnung nicht für einen Einzug in den Landtag. Das Ergebnis wurde auf die Gemeinderatsebene umgelegt, demnach war die KPÖ mit ihren 12.418 Stimmen mit offiziell insgesamt 49 Mandaten vertreten. Auf Grund von Parteienvereinbarungen konnte die KPÖ aber insgesamt 32 Mandate in 23 Gemeinden in Oberösterreich-Süd (US-Besatzungszone) sowie 52 Mandate in 51 Gemeinden in Oberösterreich-Nord (sowjetische Besatzungszone) besetzen. Dieses Ergebnis war für die KPÖ eine herbe Enttäuschung – die Wahlen fanden einerseits zu früh statt, um im Vorfeld eine echte Konsolidierung als Partei erlangen zu können, andererseits waren überall noch die Spuren des Krieges sichtbar. Zudem griff erneut der in der Bevölkerung stark verankerte und von den gegnerischen Parteien forcierte Antikommunismus. Die KPÖ wurde fortan als „Russenpartei“ diffamiert, fortschrittliche Veränderungen waren immer schwieriger umzusetzen. Die eigentlich erhofften rund 20% wurden klar verfehlt, dennoch gelangen in einzelnen Hochburgen beachtliche Erfolge. So erhielt die KPÖ in Bad Goisern 14,5%, in Steyr 11,6%, in Ebensee 10,2% und in



Im April 2015 stellten das Oberösterreichische Landesmuseum und das Stadtmuseum NORDICO auf der Linzer Nibelungenbrücke zwei Tafeln auf, die an die Teilung der Stadt vor 70 Jahren erinnern sollen. Sie ähneln den originalen Tafeln und symbolisieren die US-amerikanische und die sowjetische Zonengrenze.

Wolfsegg 10,2% der Stimmen. Organisatorisch kam es in der KPÖ Oberösterreich zu einem beachtlichen Aufschwung, die Mitgliederzahlen stiegen von lediglich rund 500 im Mai 1945 auf über 6.000 im Jänner 1946. Auf dem 1. (13.) Landesparteitag (Februar 1946) wurde Franz Haider zum 1. Obmann gewählt, August Moser und Oktavian Baumgartner zu seinen Stellvertretern und Sepp Bloderer zum Landespartei sekretär.

SPÖ, ÖVP und KPÖ gründeten auch die Arbeiterkammer wieder. Am 27. November 1945 beschloss die provisorische Vollversammlung die Aufteilung der Mandate. Die SPÖ erhielt 68, die ÖVP 24 und die KPÖ 16 Mandate. Die erste Sitzung fand am 1. Dezember 1945 statt. Am 12. Mai 1946 fand die erste Landeskongress des ÖGB statt, auch hier arbeiteten die Vertreter der KPÖ intensiv und maßgeblich mit. Die bis Ende 1947 stattfindenden Betriebsratswahlen von knapp 4.000 Mandaten brachten für die KPÖ 154 Mandate, vorwiegend in den Großbetrieben der Schwerindustrie.

Der Oktoberstreik 1950

Ausgangspunkt für den so genannten Oktoberstreik war die soziale Unzufriedenheit besonders in der Arbeiterschaft, die sich am 4. Lohn- und Preisabkommen (LPA) und den damit verbundenen Belastungen entzündete. Die Landesleitungssitzung der KPÖ Oberösterreich vom 3. September 1950 beschloss, landesweit Aktionen gegen diese neue Belastungswelle zu durchzuführen. Die SPÖ hingegen verteidigte das LPA und versprach eine Abgeltung der Verluste in der Zukunft. Diese Beschwichtigungspolitik reichte nicht aus, die Streikbereitschaft stieg. Die Bekanntgabe, dass es am 22. September zu einer Einigung über ein neues Sparpaket gekommen sei,

führte am 25. September zu einem ersten Warnstreik in der VOEST und in den Steyr-Werken. Am 26. Oktober forderten rund 20.000 DemonstrantInnen auf dem Linzer Hauptplatz ein Ende des Preistreiberpakts, insgesamt streikten an diesem Tag rund 60.000 ArbeiterInnen aus 120 oberösterreichischen Betrieben.

Auf Bundesebene riet die KPÖ dazu, den Streik zu unterbrechen, um in einer österreichweiten Betriebsrätekonferenz einen Forderungskatalog zu erstellen. Nur bei Nichterfüllung der Forderungen sollte für den 4. Oktober zum Generalstreik aufgerufen werden. Diese Unterbrechung gab Regierung und ÖGB-Führung genügend Zeit, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und Druck auf allen Ebenen auszuüben. Die Massenmedien sprachen bereits zu diesem Zeitpunkt von einem kommunistischen Putschversuch und diskreditierten damit alle Versuche, das LPA zu Fall zu bringen. Die bewusste Unterbrechung des Streiks führte zu einem Abbröckeln der Bewegung, darüber hinaus gingen die vom späteren Innenminister Olah aufgestellten Einsatzkommandos mit Gewalt gegen die Streikenden vor. Die Steyr-Werke werden von der Gendarmerie besetzt – der Streik brach rasch zusammen und wurde von der Betriebsrätekonferenz am 5. Oktober offiziell beendet. Rund ein-tausend Entlassungen waren die Folge, darunter je 350 in der VOEST und in den Steyr-Werken, 90 im Aluminiumwerk Ranshofen – viele der entlassenen Arbeiter fanden in den sowjetischen USIA-Betrieben wieder Beschäftigung.

Literatur:

Carrington, Michael (Hg.): Linz-Zeitgeschichte: Koks und Cola. Linz in den 50er-Jahren. Linz 2014.
Dohle, Oskar/Eigelsberger, Peter: Camp Mar-cus W. Orr. „Glasenbach“ als Internierungslager

nach 1945. Linz 2011.

Fellner, Fritz: Alltag und Leben im Mühlviertel 1945 bis 1955. Grünbach 2005.

Freund, Florian: Oberösterreich und die „Zigeuner“. Linz 2010.

Giefer, Rena/Giefer, Thomas: Die Rattenlinie. Fluchtwege der Nazis. Frankfurt/M. 1991.

Hack, Christoph Eric: Nationalsozialistische Kontinuitäten in Linz/Donau 1945–1950. Diplomarbeit Innsbruck 2010.

Hindinger, Gabriele: Das Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse in Oberösterreich im Jahre 1945. Wien 1968.

Kepplinger, Brigitte: Tötungsanstalt Hartheim. Linz 2008.

Kirchmayr, Birgit/Buchmayr, Friedrich/John, Michael: Geraubte Kunst in Oberdonau. Linz 2007.

KPÖ OÖ (Hg.): Heiße Tage im Herbst, Zur Geschichte des Oktoberstreiks 1950 in Oberösterreich. Linz 2000.

Kriegsende und Neubeginn in Oberösterreich. Dokumente des Oö. Landesarchivs 1944–1947. Linz 1985.

Leimlehner, Erich: Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besetzung im Mühlviertel 1945 bis 1955. Zürich 1974.

Loidl, Simon/März, Peter: ...Garanten gegen den Faschismus. Der Landesverband ehemals politisch Verfolgter in Oberösterreich. Linz 2010.

Marckhgott, Gerhart/Haider, Sigfried: Oberösterreichische Gedenkstätten für KZ-Opfer. Linz 2001.

Martl, Gitta/Martl, Nicole/Winter, Rosa: Uns hat es nicht geben sollen: Drei Generationen Sinti-Frauen erzählen. Grünbach 2004.

Mayrhofer, Fritz (Hg.): Entnazifizierung und Wiederaufbau in Linz (Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1995). Linz 1996.

Merl, Edmund: Besatzungszeit im Mühlviertel. Linz 1980.

Schicho, Josef: Heimat: verloren – gefunden. Aus Kaplitz vertrieben, in der Fremde neu begonnen. Grünbach 2014.

Schuster, Walter: Deutschnational, nationalsozialistisch, entnazifiziert. Franz Langoth – eine NS-Laufbahn. Linz 1999.

70 Jahre nach dem Massaker im Zuchthaus Stein: Die Stadt Krems stellt sich ihrer Geschichte

WINFRIED R. GARSCHA

Am 12. April 2015 gedachte die Stadt Krems an der Donau der Opfer des NS-Terrors im April 1945. Im Rahmen einer Zeremonie auf dem Friedhof Stein an der Donau enthüllten der polnische Botschafter und der Bürgermeister ein Denkmal für die polnischen Opfer der Massenhinrichtung im Zuchthaus Stein am 15. April 1945. Weitere Stationen des Gedenkens waren das Denkmal für die griechischen Opfer, wo Robert Streibel aus seinem neuen Roman „April in Stein“ las, und die Benennung einer von der Justizanstalt weg führenden Verbindungsgasse nach dem griechischen Überlebenden Gerasimos Garnelis. Nach einer Kranzniederlegung vor den Gedenksteinen für die ermordeten Häftlinge und die hingerichteten Justizwachebeamten zeigten Piotr Szalsza und Sofia Beklen ihren den Hingerichteten des 15. April 1945 gewidmeten Film „Die Helden von Stein“, der am Jahrestag selbst auch im Wiener Straflandesgericht aufgeführt und am 9. Mai in ORF III gesendet wurde.

Das Massaker vom 6. April 1945

Am 6. April 1945 reagierten nationalsozialistische Fanatiker unter der Beamtenschaft des Zuchthaus Stein an der Donau gemeinsam mit der NSDAP-Gau-

leitung Niederdonau und dem Kremser „Volkssturm“ auf den Versuch des Zuchthausdirektors Franz Kodré, die Häftlinge frei zu lassen, mit einem Massaker, dem mehr als dreihundert Häftlinge zum Opfer fielen. Die Mörder stellten ein „Standgericht“ zusammen, das Kodré selbst sowie vier Justizwachebeamte, die die Freilassung unterstützt hatten, hingerichtete. SS und „Volkssturm“ veranstalteten am 6. und 7. April im Stadtgebiet von Krems und den Orten der Umgebung eine „Hasenjagd“ und ermordeten zahlreiche bereits in die Freiheit entlassene Häftlinge; 61 von ihnen wurden am 7. April in Hadersdorf am Kamp an der Friedhofsmauer erschossen, nachdem ihnen am Tag davor Hadersdorfer Nationalsozialisten den Weg verstellt hatten. Die meisten Toten wurden in drei Massengräbern innerhalb des Zuchthaus verscharrt. Die Toten waren sowohl „politische“ als auch „kriminelle“ Häftlinge, unter den ermordeten ausländischen Gefangenen befanden sich besonders viele Tschechen und Griechen. Die Überlebenden wurden donauaufwärts in Richtung Bayern verschifft.

Die Massenhinrichtung vom 15. April 1945

Im fast leeren Zuchthaus fand neun Tage nach dem Massaker eine Massenerschießung statt: In Wien war keiner der bei Bedarf tätigen Scharfrichter (aus Graz, Prag oder München) verfügbar – offenbar hielt sich ihre Bereitschaft in Grenzen, angesichts der bevorstehenden Einnahme der Stadt durch die Rote Armee, nach Wien zu kommen, um die letzten zum Tode Verurteilten, die noch nicht geköpft waren, hinzurichten. Der Wiener Generalstaatsanwalt, Johann Karl Stich, veranlasste eine Hinrichtung im Zuchthaus Stein. Am 5. April traten 46 Verurteilte und mehrere Begleitpersonen den Fußmarsch nach Stein an, wo 44 von ihnen am 9. April ankamen – zwei hatten unterwegs flüchten können. Angesichts der Massengräber des vorangegangenen Massakers war die Wartezeit bis zur Hinrichtung wohl eine zusätzliche Tortur. Am 15. April wurden alle 44 durch Genickschuss exekutiert.

17 der 44 Hingerichteten waren Angehörige der mit der polnischen Heimatarmee verbundenen Spionageorganisi-

on Stragan („Marktstandl“), die von Wien und Linz aus unter Anderem Pläne der Raketenproduktion in Peenemünde ausspionierte. Ihre Angehörigen waren großteils polnische Nationalisten aus dem Olsa-Gebiet, dem seit dem Ende des Ersten Weltkriegs durch den Fluss Olsa (poln. Olza, tschech. Olše) geteilten Gebiet rund um Teschen (Cieszyn/Český Těšín). Fünf weitere Hingerichtete waren wegen ihrer Zugehörigkeit zur katholisch-konservativen *Antifaschistische Freiheitsbewegung Österreichs* zum Tode verurteilt worden, unter ihnen die beiden Franziskaner-Patres Angelus Steinwender und Kapistran Pieller. Sowohl der älteste als auch der jüngste Hingerichtete waren vom Sondergericht Linz wegen „krimineller“ Delikte zum Tode verurteilt worden: Der sechzigjährige Josef Hofer, wegen wiederholten Diebstahls zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt und geflohen, hatte auf der Flucht, um zu überleben, weitere Diebstähle verübt und war deshalb als „gefährlicher Gewohnheitsverbrecher“ zum Tode verurteilt worden. Der sechzehnjährige Alois Hütter war als „verwahlter Jugendlicher“ mit fünfzehn zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden, geflohen und hatte versucht, seine Flucht von Linz aus mit dem Auto eines Arztes, das vor dessen Praxis unversperrt abgestellt war, fortzusetzen. Die Frau des Arztes, eine Krankenschwester und zwei wartende Patienten zwangen ihn jedoch auszusteigen. Mit Hilfe einer gestohlenen Pistole bedrohte er den Mann, der ihn fest hielt, wurde nach kurzem Handgemenge aber der Polizei übergeben. Wegen seiner „sittlichen Verderbtheit“ beantragte der Staatsanwalt, den „entarteten Jugendlichen“ trotz seiner Jugend als „Volkschädling“, gefährlichen Gewohnheitsverbrecher und Gewaltverbrecher zum Tode zu verurteilen. Trotz eines medizinischen Gutachtens, das bezweifelte, ob Hütter – wie es das Gesetz als Voraussetzung für ein solches Urteil erforderte – einem Straftäter über achtzehn Jahren gleichzustellen sei, folgte das Sondergericht dem Antrag der Staatsanwaltschaft und überstellte Hütter zur Hinrichtung nach Wien. Die Fälle Hofer und Hütter zeigen, welche „todeswürdigen Verbrechen“ jene begangen hatten, die

- Schuster, Walter/Weber, Wolfgang (Hg.): *Entnazifizierung im regionalen Vergleich*. Linz 2004.
Slapnicka, Harry: *Oberösterreich – zweigeteiltes Land (1945–1955)*. Linz 1986.
Stockinger, Heide (Hg.): *Jung-Sein in Linz. Geschichten aus den 50ern*. Wien 2008.
Volkmer, Hermann: *Die Volksdeutschen in Oberösterreich. Ihre Integration und ihr Beitrag zum Wiederaufbau des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg*. Linz 2003.
Wagner, Verena: *Jüdische Lebenswelten. Zehn Linzer Biographien*. Linz 2013.

Ausstellungen zum Thema:

- *Befreit und besetzt. Oberösterreich 1945–1955 (Schlossmuseum Linz, 25.2.–8.11.2015)*
– *Geteilte Stadt. Linz 1945–1955 (Stadtmuseum NORDICO, 17.4.–26.10.2015)*
– *Bildende Kunst in Oberösterreich 1945–1955 (Landesgalerie Linz, 17.4.–16.8.2015)*